

# Kehrseite



## Die LINKE wird in Steglitz-Zehlendorf gebraucht!

• Ein wütendes „Ihr habt uns eingemauert!“ habe ich beim Infostand vor dem Eingang von Woolworth am Teltower Damm schon öfter gehört. Solche und ähnliche Kommentare oder dass die Grünen mir beim Hallo-Sagen am Nachbarstand unvermittelt ihre Broschüre über „Alltag und Unrecht in der DDR“ in die Hand drücken, zeigt mir, wie die LINKE heute, wohlgemerkt 23 Jahre nach der Wiedervereinigung, und auch ich als parteipolitisch Aktive, 29 Jahre alt, teilweise wahrgenommen werden. Wenngleich ich den Schmerz der Opfer der DDR-Diktatur gut nachvollziehen kann, fällt es mir schwer zu verstehen, warum nicht spätestens die Neugründung der LINKEN aus zwei Quellparteien und der damit verbundene personelle und inhaltliche Neuanfang eines gesellschaftlich und politisch wichtigen linken Projekts jenseits der Sozialdemokratie zumindest zur Kenntnis genommen wird.

Es kommt mir manchmal so vor, als wenn die Uhren hier im Bezirk langsamer ticken und Neues und Modernes es außerordentlich schwer haben, sich durchzusetzen: Bürgerhaushalt oder Live-Stream der Bezirksverordnetenversammlung? – Was in anderen Bezirken problemlos möglich ist, hat in Steglitz-Zehlendorf keine Chance auf Umsetzung, denn das könnte Mehrarbeit für Bezirksverordnete und Bezirksamt bedeuten oder gar Transparenz und Teilhabe durch Bürger\_innen ausweiten, was offenbar nicht von allen politischen Kräften gewünscht wird.

Man könnte gar auf die Idee kommen, dass die LINKE in einem Bezirk wie Steglitz-Zehlendorf nicht wirklich gebraucht wird (schließlich erzielen die Menschen hier berlinweit das höchste Nettoeinkommen), aber das ist ein eklatanter Irrtum! Um die Schlossstraße herum gibt es massenweise prekär Beschäftigte, die für einen Hungerlohn putzen gehen oder bis spät abends und am Wochenende an der Kasse stehen. Das steht im krassen Gegensatz zu den riesigen Umsätzen, die im Einzelhandel in den zahllosen Shoppingzentren im Bezirk erzielt werden. Wir als LINKE weisen auf diesen Widerspruch hin und informieren die Kundinnen über die laufenden Verhandlungen der Beschäftigten für bessere Löhne und den Erhalt der Tarifverträge und werben für Solidarität, denn gute Arbeit muss auch gut bezahlt werden!

Auch bei unseren Jobcenter-Aktionen habe ich immer den Eindruck, dass die LINKE als politischer Akteur dringend gebraucht wird: Wenn man hautnah miterlebt, wie Erwerbslose unwürdig behandelt werden oder Arbeitssuchende einfach nur noch verzweifelt sind, dann wird offensichtlich, wie krank das System ist, in dem Menschen nur verwaltet, aussortiert und drangsaliert, aber ihre Fähigkeiten und Potenziale überhaupt nicht wahrgenommen werden. Ich bin nicht bereit, diesen Irrsinn hinzunehmen, deshalb unterstütze ich die Forderung nach der Abschaffung von Hartz IV und der Einführung einer sanktionsfreien Mindestsicherung! Leider sind die politischen Mehrheiten unter der schwarz-gelben Bundesregierung dafür nicht gegeben. Daher rate



### — Inhalt dieser Ausgabe

- Die LINKE wird in Steglitz-Zehlendorf gebraucht! – 1
- Ein System ohne Herz und ohne Seele – 2
- „Angela Ahnungslos“ – Bilanz einer desaströsen Regierung – 4
- Schweigen bedeutet Verrat – 6
- Zitate – 8
- Termine – 8





Die Autorin ist stellvertretende Bezirksvorsitzende der Linken in Steglitz-Zehlendorf. Hier beim Wahlkampf auf der Schloßstraße.

ich den Betroffenen beim Infostand dazu, selbst aktiv zu werden und sich unbedingt juristisch beraten zu lassen, denn bekanntlich ist ungefähr jede zweite Hartz-IV-Klage erfolgreich und nur jede zehnte Klage wird überhaupt abgewiesen, was, wie ich finde, auf systematische, rechtswidrige Entscheidungspraktiken der Jobcenter hinweist.

Ich bin in der LINKEN aktiv, weil sie als einzige Partei unbestechlich ist (erhält keine Unternehmensspenden) und sich wirklich für eine radikale UmFAIRteilung von oben nach unten einsetzt, ob bei Mindestlohn, Mindestsicherung, Rente, Gesundheit, Pflege, Steuern oder Mieten! Die Schiefelage in unserer Gesellschaft, dass die obersten zehn Prozent über mehr als die Hälfte aller Vermögen besitzt, ist einfach inakzeptabel! Ein bisschen verstehe ich ja, dass die Millionäre in Zehlendorf in ihren Villen zittern, wenn sie von unseren Plänen zur Millionärsteuer, Erbschaftssteuer oder Finanztransaktionssteuer hören. Aber für mich stellt sich grundsätzlich die Frage, in was für einer Gesellschaft wir leben wollen? Wenn es eine solidarische, sozial gerechte Gesellschaft

sein soll, in der es ein gutes Bildungssystem für alle und einen sozial-ökologischen Umbau geben kann, dann müssen die Wohlhabenden und großen Unternehmen ihren Anteil an der Finanzierung des Gemeinwesens und der öffentlichen Daseinsvorsorge leisten. Wenn ich zum Beispiel darüber nachdenke, dass es aus Geldmangel frühestens 2024 eine neue Grundschule für den Bereich um den Truman Plaza geben und stattdessen einfach die Kapazitäten der vorhandenen Europaschule abgebaut werden sollen, obwohl es für sie schon jetzt mehr Interessent\_innen als Plätze gibt, dann kann ich kein Mitleid mit Managern haben, deren Gehälter nach Vorschlägen der LINKEN auf eine halbe Million Euro im Jahr begrenzt werden sollen.

Als Direktkandidaten zur Bundestagswahl 2013 haben wir Lampros Savvidis aufgestellt, weil wir ein Zeichen setzen wollen: Die Solidarität mit den Menschen in Europa ist für DIE LINKE wichtiger Bestandteil der Politik. Bei uns haben Menschen mit Migrationshintergrund tatsächlich die Möglichkeit ihre Ideen einzubringen. Zudem liegt uns ein Politikwechsel in Europa sehr am Herzen und zwar hin zu einem demokratischen Europa, für Frieden und Abrüstung, gegen Kürzungsdiktate und Sozialabbau!

Trotz der nicht ganz einfachen Bedingungen für die LINKEN hier im Bezirk liegt eine spannende und leidenschaftliche Zeit in den nächsten Wochen bis zur Wahl vor uns! Wir werden im Deutschen Bundestag und auch in Steglitz-Zehlendorf dringend gebraucht! Mit uns besteht überhaupt die Chance, dass die SPD wieder ein bisschen sozialdemokratischer, die Grünen etwas grüner, die Piraten etwas politischer werden, und dass Merkels verantwortungslose Politik grundsätzlich in Frage gestellt wird!

Deshalb: Am 22. September 2013 die LINKEN wählen!

Franziska Brychcy ●



## Ein System ohne Herz und ohne Seele

● Die angebliche Alternativlosigkeit all dessen, was den Menschen in diesem Land zugemutet wurde und wird, hat viele von ihnen in politische Apathie und Gleichgültigkeit zurückfallen lassen. Einerseits. Auf der anderen Seite haben die Agenda-2010-Verelendung, Eurokrise, Fukushima u.a. ein Klima sich ausbreitender Verunsicherung hervorgerufen, in dem die Sehnsucht nach Stabilität und Sicherheit das bestimmende Element ist. So ist das Credo Adenauers wieder in das Blickfeld geraten: „Keine Experimente.“

Allzu gern liest man die von Wahlplakaten der führenden konservativen Partei verkündete Botschaft, dass man „das Ganze im Blick“ habe, weil „jeder Einzelne zählt“. Aber genau das stimmt eben nicht. Die vielen Einzelnen werden wie Schafe hin- und hergetrieben werden, mundtot gemacht, von der Arbeit nach Hause geschickt und mit Almosen abgespeist, mit billigen Lebensmitteln vergiftet, und von einer Gesundheitspolitik zunehmend im Stich gelassen.

Schröder und Fischer, sowie nach ihnen Merkel und Steinbrück, haben mit ihrer Agenda 2010 die Privatisierungspolitik massiv durchgesetzt. Warum hat Frau Merkel in ihrer Amtszeit diese Politik nicht beendet? Bis heute sind 600.000 Sozialwohnungen aus Landes- und Bundesbesitz verkauft worden. Warum reden unsere Bundespolitiker in Wahlkampfzeiten von Mietpreispbremsen, wenn sie selbst diese Zustände herbeigeführt haben? Merkel hat ihre Karriere als Umweltschutzministerin begonnen; als Bundeskanzlerin hat sie aber dann auf Druck der deutschen Autoindustrie eine EU-Richtlinie zur Senkung der CO<sub>2</sub>-Emissionen verhindert. Wie lange noch wollen sich die Menschen von ihrem markt-konformen Demokratieverständnis einlullen bzw. hinters Licht führen lassen.

In diesem System gibt es Wissenschaftler wie Robert Cox Merton, Myron Scholes und Fischer Black, die für Banken eine mathematische Formel zur Gewinnmaximierung entwickelt haben. „Mertons Praxistest führte allerdings“, so schreibt Leo Müller in seinem 2010 erscheinenden Buch mit dem bezeichnenden Titel „Bankräuber“, „geradewegs in eine milliardenschwere Katastrophe. Als Mitbegründer und wissenschaftlicher Berater des Hedgefonds Long Term Capital Management (LTCM) hatte er bereits 1998 eine der größten Geldblasen der Finanzgeschichte fabriziert. Er hatte mit seinen LTCM-Kollegen, darunter der MBA-Ökonom John Meriwether, Finanzderivate im Buchwert von mehr als 1 Billion Dollar angesammelt, bis die Investments der Firma wie ein Kartenhaus zusammenbrachen und die globale Finanzwelt ins Verderben zu reißen drohten. Seine Künste verursachten eine konzentrierte Rettungsaktion der größten Weltbanken und der US-Notenbank mit einer Milliarde Geldspritze.“ Für diesen Reifall haben Merton und Scholes 1997 den Nobelpreis bekommen.

Edward Snowden wurde am 30. August mit dem „Internationalen Whistleblowerpreis 2013“ ausgezeichnet. Anlässlich der Preisverleihung hielt der



Unser Kandidat Lampros Savvidis gibt ein Interview für eine Schülerzeitung

Historiker Josef Foscemoth einen Vortrag, den er mit folgenden Worten abschloss: „Ein Einzelner, dessen Mut und Einsatz für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit wir heute ehren, hat uns wachgerüttelt. Jetzt ist es Aufgabe der Zivilgesellschaft, daraus Konsequenzen zu ziehen und den vielleicht wichtigsten Satz unserer Verfassung wieder voll zur Geltung zu bringen: ‚Die Grundrechte sind unmittelbar geltendes Recht‘ (GG, Artikel 1, Absatz3).“ Das bedeutet nicht weniger, als dass, wie er an anderer Stelle seiner Rede sagte, „nicht die Sicherheit des Staates oder das, was man dafür hält, die höchsten Werte unserer Verfassung sind, sondern die Grundrechte und Grundfreiheiten der Bürgerinnen und Bürger, von denen alle Macht im Staat ausgeht“. Wenn das gesellschaftlicher Konsens ist, wie kann es dann sein, dass Walter Steinmeier im Jahr 2002 als Kanzleramtsminister eine Einverständniserklärung unterschrieben hat, die die amerikanischen Geheimdienste zum Abschöpfen deutscher Daten berechtigte? Und warum hat die derzeitige Kanzlerin diese Zustimmung nicht widerrufen und lässt stattdessen ihren Innenminister von einem „Sondergrundrecht“ auf Sicherheit schwafeln? Die Klassiker der fantastischen Filme und Literatur meiner Jugend scheinen von der Wirklichkeit inzwischen fast ein- und teilweise überholt, so etwa der totale Überwachungsstaat aus George Orwells 1949 veröffentlichtem Roman „1984“ oder Harry Harrisons Roman „New 2 New York 1999“ aus dem Jahr 1966, den der Film „Soylent Green“ 1973 makaber fortspannt: Darin geht es um die Folgen exzessiver Nutzung endlicher Ressourcen, um Umweltverschmutzung und Überbevölkerung bis hin zur industriellen Verwertung menschlicher Leichen als Lebensmittel.

Dabei scheinen die Ursachen menschenverachtender Zustände doch banal: Die Gier einiger nach Macht und Reichtum, die per Knopfdruck, ohne zu schwitzen, Kapital in Milliardenhöhe hin- und her bewegen, ganze Volksgemeinschaften und Volkswirtschaften, wie etwa in Südeuropa, hochverschulden und zahlungsunfähig machen, ihre Rohstoffe, wie im östlichen Mittelmeerraum, zu Spottpreisen erlangen, ohne sie jemals ganz pleite gehen zu lassen, im Gegenzug aber mit Waffenverkäufen Milliarden umsetzen. So erreichen diese „masters of the Universe“ ihr Ziel: indem sie eine „Herde“ gegen die andere zum wechselseitigen Abschlachten hetzen, ganze Bevölkerungen abhören und ausspähen und im Endeffekt versklaven. Das ist die Politik der Mächtigen, allen voran der USA, oft mit ihren Partnern in Europa und manchmal auch gegen sie.

Europa ist gegenwärtig in keiner guten Verfassung. Das aber können nur jene ändern, die zahlenmäßig die große Mehrheit bilden. Denn sie sind die Betroffenen. Niemand sonst wird sich für sie, für uns, einsetzen, damit sie aus diesem Teufelskreis herausfinden. Ein Drittel aller Wählerinnen und Wähler beteiligt sich nicht mehr an den Wahlen. Gerade an sie appelliere ich: Das darf nicht sein! Denn ihr

Wahlboykott kommt der Aufrechterhaltung der bestehenden Zustände zugute. Darum, liebe Berlinerinnen und Berliner, macht von eurem Wahlrecht Gebrauch und gebt eure Stimmen der Linken. Denn sie ist die einzige Partei, die dieses System bekämpft und grundlegend verändern will!

Lampros Savvidis ●

(Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis 79, Berlin-Steglitz-Zehlendorf)

s.a. Lampros Savvidis im Gespräch mit den „StadtrandNachrichten“: <http://www.stadtrand-nachrichten.de/wordpress/direktkandidaten-zur-bundestagswahl-lampros-savvidis-%E2%80%9Earmut-beseitigen-reichtum-umverteilen/>

## — Rotlicht \* —

### „Angela Ahnungslos“ – Bilanz einer desaströsen Regierung

Nach Selbsteinschätzung der Merkel-CDU handelt es sich bei der gegenwärtigen schwarz-gelben Koalition um die erfolgreichste Regierung der Nachwendezeit, mithin der letzten beinahe 25 Jahre. Das ist einigermaßen erstaunlich. Man muss sich nicht erst das Abwatschen von CSU und FDP auf offener Bühne („Wildsau“, „Gurkentruppe“) in Erinnerung rufen, um ins Zweifeln zu kommen. Selbst in Kommentaren der bürgerlichen Presse findet sich wenig, was die Einschätzung untermauern könnte. In der Süddeutschen konnte man vor einiger Zeit sogar lesen, es zähle „zu den größten Erfolgen, dass die Koalition vier Jahre überlebt hat. Und es gehört schon fast unverschämter Mut dazu, sich dem Wähler noch mal als Koalition anzubieten.“

Nun, ja ...

Man kann die Erfolgsbilanz der Merkel-Regierung aber auch an Hand von Fakten nachzeichnen.

Da sind zum einen einmal *vier Minister* (Franz Josef Jung, Karl-Theodor zu Guttenberg, Annette Schavan und Norbert Röttgen), die der Regierung im Laufe der Zeit abhanden kamen. Der eine hatte einen verheerenden Luftwaffeneinsatz mit über hundert zivilen Opfern in Afghanistan zu verantworten, zwei hatten bei ihren Doktorarbeiten gefuscht und der letzte hatte einfach nur Misserfolg. Dann waren da noch *zwei Bundespräsidenten*, die gehen mussten. Der eine (Horst Köhler) trat beleidigt von selbst zurück, weil er sich von Merkel im Stich gelassen fühlte. Er hatte auf einer Auslandsreise durchaus wahrheitsgemäß ausgeplaudert, dass Bundeswehreinätze auch zur Sicherung von Wirtschaftsinteressen durchgeführt würden. Der andere musste zum Rücktritt gedrängt werden, weil seine Neigung, selbst kleine Münzen nicht zu verachten, für die Öffentlichkeit nur noch eine Zumutung war.

Dann sind da noch ein Regierungsprogramm und die großmundig angekündigten Regierungsvorhaben:

- Im Zentrum stand die *Entlastung der Bürger* durch Steuersenkungen im Umfang von mindestens 10 bis zu 24 Milliarden €. In Erinnerung geblieben ist vor allem die Halbierung der Mehrwertsteuer für das Hotelgewerbe und die Mövenpick-Spende für die FDP.

- Dazu wollte man unbedingt eine *große Steuerreform* durchführen (Entrümpelung des Mehrwertsteuerrechts, Abschaffung der Gewerbesteuer, Abbau der kalten Progression für Lohnempfänger etc.) Nix draus geworden. „Ausgerechnet hier, im einstigen Epizentrum der deutschen Finanzpolitik hinterlässt die christlich-liberale Koalition ein großes, tiefes, schwarzes Loch.“ (*Süddeutsche Zeitung*)

- Die Ausgaben für Bildung sollten massiv erhöht werden. Merkel hat sogar die „Bildungsrepublik Deutschland“ ausrufen lassen. Zwischenergebnis: Unter den 24 reichsten Industrieländern schafft es Deutschland gerade mal auf den 19. Platz. Das kleine Dänemark gibt für Bildung, den angeblich wichtigsten „Rohstoff“ über den wir verfügen, das Doppelte aus. In kaum einem anderen Industrieland hängt die Bildung so stark von der sozialen Herkunft ab. „Schwächere Schüler werden in Deutschland einfach abgehängt.“ (Unicef) Bei frühkindlicher Bildung ist Deutschland eines der „Schlusslichter“. (DIW) Vor diesem Hintergrund führt die Koalition das Betreuungsgeld für Eltern ein, die ihre Kinder nicht in die Kita schicken wollen. Geschätzte Kosten weit über eine Milliarde €. (Warum wird das Betreuungsgeld nicht gleich auf Schulkinder ausgeweitet, die zu Hause bleiben wollen? Das könnte vorhandene Schulprobleme lösen.)



-Dann war da noch die erklärte Absicht, für den *Abzug der amerikanischen Atomwaffen* aus Deutschland zu sorgen. Nie wieder was davon gehört.

Soweit ein kleiner Auszug aus der Erfolgsbilanz selbst gewählter Aufgaben.

Aber es gab ja noch die Projekte, die der Koalition mehr oder weniger aufgenötigt wurden.

Dazu gehört zum Beispiel die Haltung der Schwarz-Gelben zur *Atomkraft*. Da war ein Abschied vom Atomausstieg fest eingeplant. Die Verlängerung der Laufzeit der „sichersten Atomkraftwerke der Welt“ sollte den vier Stromriesen Milliarden Extra-Profite aus längst abgeschriebenen Anlagen in die Kasse spülen. Nicht Harrisburg, nicht Tschernobyl, sondern erst Fukushima und die unmittelbar darauf anstehende Landtagswahl im wichtigen CDU-Bundesland Baden-Württemberg verhalf der Regierung Merkel zu dem Erkenntnissprung, dass Atomkraft doch sehr gefährlich sei. Immerhin brachte diese Panik-Entscheidung eine Energiewende auf die Tagesordnung. Aber wie sieht es da mit der Regierungsbilanz aus?

Nachdem uns jahrelang eingeredet wurde, ohne Atomstrom gingen in Deutschland die Lichter aus, stellt sich nun binnen kürzester Zeit heraus, dass Ökostrom in Überfluss erzeugt werden kann. Das senkt die Preise, aber nicht für die Verbraucher. Während die Stromriesen darüber nachdenken, weitere Atomkraftwerke und Kohlekraftwerke still zu legen, weil sie mit dem Ökostrom nicht mehr konkurrieren können, müssen die Bürger immer mehr für die Investiti-

onen in Stromnetze und Anlagen berappen. Änderung nicht in Sicht.

Oder nehmen wir die *Transaktionssteuer*, gegen die sich Merkel und Co. mit Händen und Füßen gewehrt haben. Im Anblick der Finanzkrise mussten sie dann doch klein begeben und wenigstens so tun, als wollten sie tatsächlich aktiv werden. Aber wer genauer hinschaut, erfährt: „Kanzlerin Merkel sieht zu, wie bei den Verhandlungen in Brüssel die Steuer Jahr um Jahr nach hinten verschoben wird und, schlimmer noch, die Idee einer Beteiligung der Banken an den Kosten der Finanzkrise auch inhaltlich immer weiter zerbrösel.“ (*Süddeutsche Zeitung*)

Und so lässt sich die Erfolgsbilanz der Merkel-Regierung Punkt für Punkt abhaken.

Übrig bleiben: ein Afghanistan-Desaster, Rüstungsexporte in Krisengebiete (Panzer nach Saudi-Arabien und die Golfstaaten) und eine im Grunde katastrophale ökonomische Bilanz. („70% der Arbeitnehmer haben heute niedrigere Reallöhne als vor 10 Jahren.“ DIW) „Während einige wenige Städte und Gemeinden immer reicher werden, versinkt die große Mehrheit im Schuldensumpf.“ (*Süddeutsche Zeitung*)

Nach den Enthüllungen des Whistleblowers Snowden ging die Merkel-Regierung auf Tauchstation. Die Berliner Zeitung titelte deshalb ironisch „Angela Ahnungslos“. Zu ergänzen wäre, dass dies nicht nur für die Behandlung von illegalen Datenschleppnetzen gilt. Eigentlich hat es A. Merkel – wie neulich ein Kabarettist formulierte – nur in einem Punkt zu einer wahren Meisterschaft gebracht: „*Learning by not doing*“.

Horst Dejas \*



## Schweigen bedeutet Verrat

### Zum March on Washington und zum Weltfriedenstag

*Es werden Kriege geführt, und es wird mit Krieg gedroht. Die Sprache in den internationalen Beziehungen wird von einem Vokabular bestimmt, das mit Gewaltandrohungen gespickt ist. Geeigneter Anlass, uns in zwei ineinander übergehenden Betrachtungen mit den Botschaften zu befassen, die von beiden Gedenktagen ausgehen.*

● **March on Washington** – Seit 1986, also 18 Jahre nach der Ermordung des großen Bürgerrechtlers, gibt es in den USA den Martin Luther King Day. Er wird jeweils am dritten Montag im Januar begangen. Damals wurde Präsident Reagan nach langen und zähen Verhandlungen schließlich unter dem Druck des Kongresses genötigt, folgende Erklärung abzugeben: „Lassen Sie uns also jedes Jahr am Martin Luther King Day nicht nur an Dr. King erinnern, sondern uns wieder jenen Geboten widmen, an die er glaubte und täglich auslebte.“ In diesem Jahr wurde besonders prunkvoll gefeiert, weil am 28. August vor 50 Jahren der legendäre March on Washington stattfand. Vielleicht haben auch Sie an diesem Tag an die Rede von Martin Luther King gedacht, die er vor einem halben Jahrhundert vor einer Viertelmillion Menschen vor dem Lincoln-Monument gehalten hat. Seine Worte waren eine bewegende und mit Entschlossenheit erfüllte Aufforderung gegen Unterdrückung und Diskriminierung der schwarzen Amerikaner. Das Problem des Gedenkens aber liegt darin, dass das politische Vermächtnis der Bürgerrechtsbewegung und ihres berühmten Führers fast nur auf vier Worte reduziert wird: „I have a Dream“. Mit diesen Worten, die King in seiner Rede mehrfach wiederholte, hat er aber nicht nur von einer Welt ohne Rassenschranken „geträumt“. Vielmehr

verurteilte er auch die anhaltende wirtschaftliche und soziale Benachteiligung der Afroamerikaner und geißelte die Untätigkeit der Regierung angesichts grassierender Armut in einer Gesellschaft des Überflusses. Dass sich die Demonstranten zu einem March on Washington for Jobs and Freedom zusammengefunden hatten, wurde am 50. Jahrestag nicht erwähnt, und ein kritisches Nachdenken darüber, dass Kings Traum an der Fortdauer der Apartheid in seinem Land gescheitert ist, wurde vom Läuten der Glocken, bunten Fahnen, von Posaunen und Holzbläsern sowie von salbungsvoll intonierten Gebeten erstickt. Stattdessen wurde wie in den Jahren zuvor an einer fortschreitenden Ikonisierung des charismatischen Bürgerrechtlers gearbeitet.

Martin Luther King war aber weit mehr, als ein allein auf die Überzeugungskraft seiner Worte vertrauender Moralist. „Wir wissen aus schmerzlicher Erfahrung“, schrieb er, „dass der Unterdrücker dem Unterdrückten niemals freiwillig die Freiheit gibt. Der Unterdrückte muss sie fordern. Gerade das ist der Zweck der gewaltlosen direkten Aktion: Sie will eine Krise herbeiführen, eine schöpferische Spannung erzeugen, um damit eine Stadt zu zwingen, sich mit den Problemen auseinanderzusetzen.“ Solche Sätze und seine mitreißenden Reden machten ihn unter den Präsidentschaften von J.F. Kennedy und L.B. Johnson zu einem der am meisten gehassten Bürger der USA. Nach dem March on Washington-Tag notierte W.C. Sullivan – er war der FBI-Zuständige für Bespitzelung und Zerschlagung jeglicher Opposition im Land – : „Angesichts Kings starker, demagogischer Rede steht er nun beim Beeinflussen von großen Massen von Negern weit vor allen anderen Negerführern zusammengenommen. Wir müssen jetzt klar erkennen, dass er der gefährlichste Neger ist für die Zukunft dieser Nation im Hinblick auf Kommunismus, den Neger und die nationale Sicherheit.“ Zitate dieser Art würden den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Was dann folgte, war eine beispiellose Schmutzkampagne, um King politisch zu neutralisieren, zu diffamieren und zu kriminalisieren. Diese Maßnahmen wurden kombiniert mit dem kompletten damals zur Verfügung stehenden Programm, jeden seiner Schritte zu überwachen.

M.L. King ließ sich jedoch nicht mehr einschüchtern und aufhalten. Im Gegenteil. Als die USA immer tiefer in den Vietnamkrieg versanken, erklärte er: „Ich könnte niemals wieder meine Stimme erheben gegen die Gewalt der Unterdrückten in den Ghettos, wenn ich nicht zuerst und eindeutig zum größten Gewalttäter in der heutigen Welt gesprochen hätte – meine eigene Regierung.“ Die Befürchtung seiner



Mitstreiter, dass eine Einmischung als unpatriotisch geahndet werden könnte, konterte er so: „Es kommt eine Zeit, wo Schweigen Verrat bedeutet.“ In einer berühmten Rede am 4. April 1967 stellte er vor aller Welt klar, warum ein Abseits-Stehen für ihn unmöglich sei: „Vor einigen Jahren gab es durch das Armutsprogramm ein echtes Versprechen der Hoffnung für die Armen – für die schwarzen wie für die weißen. Dann kam Vietnam und ich wusste, Amerika könnte niemals Gelder oder Energien für Verbesserungen für ihre Armen investieren, solange Abenteuer wie Vietnam weiterhin Menschen und Fähigkeiten wegziehen, wie durch ein dämonisches, destruktives Ansaugrohr. Ich wurde also gezwungen, den Krieg als einen Feind der Armen zu sehen und ihn als solchen anzugreifen.“ Der Sturm der Entrüstung, der über den Bürgerrechtler hereinbrach, lässt sich kaum beschreiben. Sämtliche Medien verurteilten seine Äußerungen, Für FBI-Chef J.E. Hoover war er ein Kommunist, und er denunzierte ihn als „einen der miesesten Charaktere“ und „größten Lügner des Landes“. Und Präsident Johnson beschimpfte ihn als „gottverdammten Nigger“. – Ich weiß nicht, was Männer wie Bradley Manning und Edward Snowden über das Wirken ihres legendären Landsmannes wissen, vielleicht kennen sie seine Reden gar nicht. Dennoch haben sie im Sinne Martin Luther Kings gehandelt und bewiesen, dass sie genau das nicht sind, was ihnen jetzt vorgeworfen sind, nämlich Verräter an den Idealen der Verfassung ihres Landes zu sein. Und damit schlagen wir einen Bogen zum 1. September, zum

**Weltfriedenstag.** Jeder Krieg beginnt mit einer Lüge, heißt es. Am 1. September 1939 war es die berühmte „Gleiwitz-Lüge“, mit der Nazi-Deutschland den Beginn des 2. Weltkriegs inszenierte. 1964 konstruierten die USA unter Präsident Johnson den „Tonkin-Zwischenfall“. Hier war es eine bewusste Falschmeldung, mit der die Vereinigten Staaten die offizielle Teilnahme am Vietnamkrieg rechtfertigten. Ende des letzten Jahrhunderts mobilisierte der damalige Außenminister J. Fischer seine Parteifreunde mit dem Schlachtruf „Nie wieder Auschwitz“ und trug so dazu bei, dass sich Deutschland an der Seite der Nato am völkerrechtswidrigen Krieg gegen Jugoslawien beteiligte. 2003 war es die dreiste Lüge über Massenvernichtungswaffen, die als Begründung herhalten musste, um den Irak in Schutt und Asche zu bombardieren. Und jetzt, so lesen wir, bereiten die USA und Frankreich Pläne für einen Militäreinsatz in Syrien als Antwort auf den „mutmaßlichen Chemiewaffeneinsatz“ vor. Um nicht der Nutzung gefälschter Beweise beschuldigt zu werden, begnügt man sich zur Rechtfertigung eines Militärschlags mit Worten wie „mutmaßlich“, „offensichtlich“ oder

„alles spricht dafür“. Derart schamlos hat man sich wohl noch nie über die Grundregeln des Völkerrechts hinweggesetzt. Und wie reagiert das Medien-Establishment? In freiwilliger Gleichschaltung spielt man seit Tagen auf derselben Klaviatur. Nicht nur das. Einige Kommentatoren versuchen sich als Einpeitscher zu profilieren, sie können wohl das zu befürchtende Bombardement kaum noch abwarten und warnen zögerliche Regierungschefs vor einem Verlust an Glaubwürdigkeit. Ein ungeheuerlicher Vorgang! Man muss und will wohl nicht bis drei zählen, um zu wissen, dass ein von Assad befehligter Chemiewaffeneinsatz von der Nato als willkommene Steilvorlage aufgenommen und genutzt wird, um militärisch zu intervenieren. Will man uns also allen Ernstes weismachen, dass Assad die westliche Interventionsbereitschaft und Obamas „rote Linie“ bewusst nicht zur Kenntnis nimmt und just in der Zeit, in der sich die UN-Waffeninspektoren im Land aufhalten, Giftgasgranaten abschießen lässt? Dann müsste der syrische Präsident schon von Selbstmordgedanken heimgesucht und zu rationalem Denken und Handeln nicht mehr fähig sein. Es bedarf folglich nur eines Minimums an gesundem Menschenverstand zu schlussfolgern, dass es die Anti-Assad Banden selbst sind, die sich des geächteten Waffenmaterials bemächtigt und auch eingesetzt haben. Und dies einzig und allein mit dem Ziel, eine Militärintervention des Westens zu provozieren, um die sie von Anfang an regelrecht gebettelt haben.

Wäre Martin Luther King nicht ermordet worden, wäre er heute 84 Jahre alt. Was würde er als Redner auf einer Kundgebung am Weltfriedenstag über Drohneneinsätze, humanitäre Militäreinsätze und den Aufmarsch gegen Syrien sagen? Wahrscheinlich das, was er vor 50 Jahren bereits gesagt hat: „Wenn Menschen und Computer, Profitmotivation und Eigentumsrechte als wichtiger angesehen werden als Menschen, dann werden die Drillinge Rassismus, Materialismus und Militarismus unmöglich überwunden werden.“ Und er würde uns ermahnen: „Es kommt eine Zeit, wo Schweigen Verrat bedeutet.“ Damals ging es um Vietnam. Heute geht es ganz aktuell darum, die USA und ihre Verbündeten auf ihrem Nahost-Feldzug Einhalt zugebieten.



Hans Schoenefeldt ●



Wahlkampfimpressionen ...

## Das Gute zuletzt ★

### Aktion „Schulen ohne Bundeswehr“

Man soll nicht alles schlecht reden, sagt A. Merkel, und da hat sie mal Recht. Zwei Schulen, die durch Beschluss ihrer Schulkonferenz Werbeaufträge der Bundeswehr im Unterricht untersagten, wurden stellvertretend für viele andere Schulen mit dem Aachener Friedenspreis 2013 ausgezeichnet. Die Käthe-Kollwitz-Schule in Offenbach und das Robert-Blum-Gymnasium in unserem Nachbarbezirk Schöneberg haben der Bundeswehr also kurzerhand die Tür vor der Nase zugeknallt. Das ist doch mal was! Nachahmung empfohlen!

## Zitat des Monats ❖

Das Wahlprogramm der Linken in puncto Euro-Krise zeugt von Ehrlichkeit und Intelligenz. Damit ist die Partei den Großen weit voraus. Was mir an der Position der Linken besonders gefällt, ist die konsequente Umsetzung ihrer Analyse zur Krise auf ihr Abstimmungsverhalten im Bundestag. Im Gegensatz zu SPD und Grünen haben die Linken konsequent im Bundestag gegen die Krisenpolitik der Bundesregierung gestimmt. *Wolfgang Münchau in Spiegel online*

## Termine X

- **Jeden 2. Dienstag im Monat** um **19:30 Uhr** finden in unserer Geschäftsstelle öffentliche Mitgliedertreffen statt.

Aktuelle Termine unter:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/>

- **Jeden Dienstag:**  
Beratung zu Hartz IV- und Schuldnerfragen  
Wir bitten um telefonische Anmeldung unter  
**Tel (030) 70 09 67 41**

- Die Basisorganisation Zehlendorf tagt **jeden 1. Montag im Monat** um **19:00 Uhr** im Mittelhof, Königstr. 42/43, 14163 Berlin

Infos gibt es hier:

<http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de/politik/termine/detail/zurueck/termine-18/artikel/beratung-zu-hartz-iv-und-schuldnerfragen-4/>

## Impressum

DIE LINKE Bezirksvorstand Steglitz-Zehlendorf, Schildhornstr. 85 A, 12163 Berlin

Tel. 030 700 96 741, E-Mail: [info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de](mailto:info@dielinke-steglitz-zehlendorf.de)

[www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de](http://www.dielinke-steglitz-zehlendorf.de), Redaktion: Hans Schoenefeldt, Layout: Claudia Hill, V.i.S.d.P. Eberhard Speckmann

